

Pressemitteilung Nr.: 2/2003

Benachteiligte Jugendliche dürfen im Übergang von der Schule in den Beruf nicht alleine gelassen werden

Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter befasst sich mit der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung

Vom 09.-11.04.2003 trafen sich die Mitglieder der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (BAGLJÄ) zu ihrer 94. Arbeitstagung in Schwerin.

Hier befassten sich die Leiterinnen und Leiter u.a. auch mit der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung und den Empfehlungen der „Hartz“-Kommission.

Sie waren sich einig, dass die aktuelle Krise des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes erneut eine wachsende Anzahl ausbildungs- und arbeitswilliger, aber nicht vermittelbarer jugendlicher Menschen erzeugt und sich gleichzeitig ein Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik anbahnt. Hintergrund sei zum einen die durch die Empfehlungen der „Hartz“-Kommission ausgelöste Neustrukturierung der Arbeitsmarktförderung, zum anderen das Ziel der Bundesanstalt für Arbeit, in 2003 ohne Bundeszuschuss auszukommen.

Eine konkrete Folge dieser arbeitsmarktpolitischen Entwicklung seien Kürzungen in den Förderprogrammen für Jugendliche – und damit die Ausgrenzung benachteiligter junger Menschen aus dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Im Interesse junger Menschen und mit Blick auf die Bekämpfung sozialer Ausgrenzung sei die Bundesregierung deshalb gefordert:

- Die Kürzungen bei den arbeitsmarktpolitischen Programmen der Bundesanstalt für Arbeit für Jugendliche sind rückgängig zu machen. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit muss arbeits- und sozialpolitische Priorität haben.
- Die aktuelle Arbeitsmarktpolitik lässt befürchten, dass Leistungen und Angebote für sog. „arbeitsmarktferne Jugendliche“ – benachteiligte Jugendliche, die u.a. wegen schlechter Bildungsressourcen keinen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt finden – kontinuierlich abgebaut werden sollen. Das gilt es zu verhindern!
- Der „Einstieg in den Ausstieg“ aus berufsvorbereitenden und Jugendförderprogrammen ist deshalb keine Entscheidung, die nur unter arbeitsmarkt- und finanzpolitischen Aspekten erfolgen darf. Über notwendige Förderprogramme und Leistungen für benachteiligte Jugendliche ist im Rahmen eines gesellschaftspolitischen Dialoges zu entscheiden.
- Der im SGB VIII verankerte Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe muss sich auch in der Besetzung von Steuerungsgremien zur Neustrukturierung der Arbeitsmarktpolitik niederschlagen. Die relevanten Träger der Jugendhilfe sind mit ihren Kompetenzen und ihrem Know-how auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene gleichberechtigt und „auf gleicher Augenhöhe“ zu beteiligen.
- Berufsvorbereitende und -integrierende Programme für Jugendliche, die es neben denen der Bundesanstalt für Arbeit gibt, müssen fortgesetzt werden.
- Viele Träger von berufsvorbereitenden oder berufsintegrierenden Maßnahmen sind angesichts der Entwicklung in der Arbeitsmarktpolitik in ihrer Existenz akut gefährdet. Dadurch droht die Zerstörung von Strukturen und Kompetenzen, die dringend für die Bewältigung der Jugendarbeitslosigkeit vorgehalten werden müssen. Das gilt es zu verhindern. Über die Jahre gewachsene, bewährte zielgruppenspezifische Angebote zur beruflichen und sozialen Integration Jugendlicher in der Jugendberufshilfe müssen erhalten werden!

Es bestand Einigkeit bei den Leiterinnen und Leitern der Landesjugendämter, dass keine Gesellschaft es sich erlauben könne und dürfe, ganze Gruppen aus dem Arbeitsleben auszugrenzen und Jugendliche über das Kriterium Erwerbsfähigkeit „abzuschreiben“. Oberste Maxime einer zukunftsorientierten Gesellschaftspolitik müsse es sein, auch den Heranwachsenden eine berufliche und Lebensperspektive aufzuzeigen, für die der erste Arbeitsmarkt zurzeit keine Möglichkeiten bietet.

Markus Schnapka, Vorsitzender der BAGLJÄ: „Es macht keinen Sinn, angesichts einer weiteren Verengung des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes die Förderung der Arbeitsämter zurückzufahren. Die auf Qualifizierung und Integration junger Menschen ausgerichtete Jugendberufshilfe ist zukunftssträchtig - ihr Abbau wäre rücksichtslos und anachronistisch.“